

## **NIEDERSCHRIFT**

26. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am Mittwoch, 20. Mai 2009,  
Rathaus, Gobelinsaal

Beginn 14.00 Uhr  
Ende 14.35 Uhr

---

### Anwesend:

(verhindert waren)

(Beigeordnete Kastning)	(SPD)
Ratsherr Scholz	(CDU)
Beigeordnete Bittner-Wolff	(SPD)
Ratsherr Bock	(SPD)
Ratsfrau de Buhr	(SPD) als Vertretung für Beigeordnete Kastning
Beigeordneter Engelke	(FDP) als Vertretung für Ratsherrn Dr. Tilsen
Ratsfrau Ike	(CDU)
Ratsherr Kiaman	(CDU)
Beigeordneter Klie	(SPD)
Bürgermeisterin Lange	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) als Vertretung für Beigeordneten Schlieckau
(Beigeordneter Schlieckau)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürgermeister Strauch	(SPD)
(Ratsherr Dr. Tilsen)	(FDP)
Ratsfrau Westphely	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Grundmandat:**

(Ratsherr Höntsch)	(DIE LINKE.)
Ratsherr List	(Hannoversche Linke)

### **Verwaltung:**

Herr Oberbürgermeister Weil	
Herr Härke	Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Herr Jeroschewski	Gesamtpersonalrat
Herr Kallenberg	Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Herr Laue	Büro Oberbürgermeister
Frau Marofke	Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Herr Mevissen	Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Frau Heine	Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste für die Niederschrift

### Tagesordnung:

## I. Ö F F E N T L I C H E R   T E I L

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 18. März 2009
2. Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:  
"Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"  
(Drucks. Nr. 0315/2009)
- 2.1. Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0315/2009 -  
Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement)  
(Drucks. Nr. 0881/2009)

Der stellvertretende Vorsitzende, Ratsherr Scholz, eröffnete die 26. Sitzung des form- und fristgerecht geladenen, beschlussfähigen Organisations- und Personalausschusses.

## I. Ö F F E N T L I C H E R   T E I L

### TOP 1.

#### **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 18. März 2009**

**Einstimmig**

### TOP 2.

#### **Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement" (Drucks. Nr. 0315/2009)**

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, der Milleniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetags (siehe Anlage) beizutreten und im Sinne nachhaltigen kommunalen Engagements umzusetzen. Als Beitrag zur Umsetzung der Milleniums-Erklärung erfolgen durch die Verwaltung insbesondere nachstehende Maßnahmen:

1. Die Verwaltung weitet ihre Aktivitäten zur Information und Bewusstseinsbildung über die Milleniums-Entwicklungsziele in kommunalen Einrichtungen wie z.B. Schulen, Jugendzentren, Freizeitheimen sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit aus.
2. Die Verwaltung prüft Möglichkeiten zum Einsatz ´fair gehandelter Produkte´ in der Verwaltung, auf kommunalen Veranstaltungen, in Schulen, Kindergärten etc. und legt im September 2009 ein Konzept zur Umsetzung vor.

**Einstimmig**

### TOP 2.1.

#### **Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0315/2009 - Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement) (Drucks. Nr. 0881/2009)**

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

3.

Das Umsetzungskonzept wird unter der Prämisse erstellt, dass durch den Einsatz "fair gehandelter Lebensmittel" in den Schulen und Kindertagesstätten für die Eltern keine Mehrkosten entstehen.

Ratsherr Kiaman verwies bezüglich dieses Tagesordnungspunktes auf seinen sehr gelungenen Wortbeitrag im Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten.

Ratsfrau Westphely stellte fest, dass sie diesen Wortbeitrag zwar nicht kenne, sie wolle sich jedoch generell dafür bedanken, dass dieser Antrag nun auch im Organisations- und Personalausschuss behandelt werde, da er schließlich in den Bereich der Anrichte falle und somit auch der Organisations- und Personalausschuss hierfür zuständig sei.

Ratsherr List begrüßte den Antrag und den Zusatzantrag, er denke es gebe die Tendenz, dass den Familien und Bedürftigen nicht mehr Kosten auferlegt werden dürfe, da zukünftig die Absicht bestehe, zur Reduzierung oder Streichung des Essensgeldes zu kommen.

Ratsfrau Westphely erklärte, dass es sich hier lediglich um Produkte aus Entwicklungsländern handele, wie z.B. Kaffee oder Orangensaft, bei denen keine großen Preissteigerungen zu erwarten seien. Im Laufe der vorgesehenen Prüfung könne das Konzept dann noch geprüft und diskutiert werden.

**Mit 4:7 Stimmen abgelehnt**

Für die Niederschrift

Weil

Heine

<b>Antrag</b> ( Antrag Nr. 0315/2009 )
---

Eingereicht am 06.02.2009 um 12:20 Uhr.

**Ratsversammlung 26.02.2009**

---

**Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:  
"Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"**

**Antrag zu beschließen:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, der Milleniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetags (siehe Anlage) beizutreten und im Sinne nachhaltigen kommunalen Engagements umzusetzen. Als Beitrag zur Umsetzung der Milleniums-Erklärung erfolgen durch die Verwaltung insbesondere nachstehende Maßnahmen:

1. Die Verwaltung weitet ihre Aktivitäten zur Information und Bewusstseinsbildung über die Milleniums-Entwicklungsziele in kommunalen Einrichtungen wie z.B. Schulen, Jugendzentren, Freizeitheimen sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit aus.
2. Die Verwaltung prüft Möglichkeiten zum Einsatz ´fair gehandelter Produkte´ in der Verwaltung, auf kommunalen Veranstaltungen, in Schulen, Kindergärten etc. und legt im September 2009 ein Konzept zur Umsetzung vor.

**Begründung**

Mit Unterzeichnung des 10-Punkte Programms der „Aalborg Commitments“ im Juni 2004 war die Landeshauptstadt Hannover die Verpflichtung zur tatkräftigen Unterstützung einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung eingegangen. Mit einem Beitritt zur Milleniums-Erklärung würde sie ihr Bekenntnis zu einem nachhaltigen Engagement bekräftigen. Damit würde sie folgende, von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedeten Milleniums-Entwicklungsziele für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt begrüßen und in ihrem kommunalen Einflussbereich unterstützen:

- Ziel 1: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger (Halbierung bis 2015)
- Ziel 2: Primarschulbildung für alle
- Ziel 3: Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen
- Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

- Ziel 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
- Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- Ziel 7: Ökologische Nachhaltigkeit
- Ziel 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Während die Umsetzung dieser Millenniumsziele bis zum Jahr 2015 erfolgen sollte, wurde beim Entwicklungsgipfel der Vereinten Nationen im September 2008 in New York im Rahmen einer Bestandsaufnahme festgestellt, dass zur Umsetzung der Ziele eine Forcierung der Maßnahmen erforderlich ist. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat deshalb die internationale Gemeinschaft aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut zu intensivieren. Neben finanziellen Mitteln für Maßnahmen brauchen die Millennium-Entwicklungsziele allerdings auch mehr Öffentlichkeit, unter anderem durch die Kommunen. Daher ruft der Deutsche Städtetag die Mitgliedskommunen auf, die Millenniums-Erklärung mitzutragen. Mehr als 70 deutsche Städte und Gemeinden haben die Millennium-Erklärung des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes oder der Weltunion der Kommunen bereits unterzeichnet und dadurch ihr Bekenntnis zu nachhaltigem kommunalem Engagement bekräftigt.

Christine Kastning  
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau  
Fraktionsvorsitzender

18.60  
Hannover / 10.02.2009

**Millenniums-Erklärung  
der Mitgliedskommunen des  
Deutschen Städtetages**

Die Stadt

**Begrüßt** die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt,

**Betont**, dass sich die Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zwar in erster Linie an die Regierungen der 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen richten, die die Erklärung unterschrieben haben,

**Äußert** aber gleichwohl ihren Willen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele mitzuwirken und

**Will** in diesem Sinne prüfen, inwieweit folgende Aktivitäten realisiert werden können:

**I. Maßnahmen der Information und Bewusstseinsbildung**

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Aktionen Dritter mit dem Ziel, die Information über die Millenniums-Entwicklungsziele in der Bevölkerung zu verbreitern und somit das Bewusstsein für die damit angesprochenen Probleme zu wecken und Denkanstöße zu geben
- Förderung von Dialog und Zusammenarbeit mit ausländischen Mitbürgern/innen, insbesondere aus den Weltregionen, auf die sich die Anstrengungen der

Millenniums-Entwicklungsziele richten, in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Freizeiteinrichtungen), um so durch direkte Kontakte ein für viele Mitbürger/innen vergleichsweise abstraktes Thema begreiflicher zu machen

## **II. Maßnahmen der Vernetzung und Konzentration von Aktivitäten**

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses von lokalen Akteuren (Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Universitäten, örtliche Wirtschaft und örtliches Handwerk, Kirchen usw.), um den Bestrebungen und Aktivitäten zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine möglichst breite Verankerung und Beständigkeit zu geben.

- Ausrichtung der kommunalen Partnerschaftsarbeit auf Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (z. B. Aufnahme des Themas in die Arbeitsprogramme mit den Städtepartnern und Austausch über Aktivitäten in den Partnerkommunen bzw. Durchführung gemeinsamer Aktionen)

## **III. Maßnahmen zur Förderung einer global denkenden und in diesem Sinne Verantwortung übernehmenden Kommunalpolitik**

- Überprüfung des eigenen kommunalen Handelns auf Verhaltensmuster, die dem Grundsatz der Einen Welt verpflichtet sind und die damit auch die allgemeine Grundlage der Millenniums-Entwicklungsziele unterstützen ( z.B. Einsatz fair gehandelter Produkte in der Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und auf kommunalen Veranstaltungen, faires und nachhaltiges Beschaffungswesen in den Bereichen Energie, Baustoffe, Dienstbekleidung, Bürobedarf, Einsatz energiesparender Fahrzeuge, Maßnahmen zur Energieeffizienz usw.)

#### **IV. Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen in den Ländern des Südens**

- Erweiterung des bestehenden Partnerschaftsnetzes auf Dreieckspartnerschaften mit einer oder mehrerer Kommunen aus EU-Ländern und einer Kommune aus den Ländern des Südens
- Förderung starker, selbstverwalteter Kommunen in den Entwicklungsländern durch Unterstützung des kommunalen fachlichen Wissenstransfers im Rahmen des Einsatzes von kommunalen Experten/innen in kommunalen Entwicklungsprojekten erfahrener Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit

**Ist der Überzeugung**, dass das kommunale Engagement im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele auch dazu beitragen kann, der wachsenden Armutswanderung nach Europa entgegenzuwirken

**Fordert** die Bundesregierung auf, den Willen der Kommunen, ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu leisten, anzuerkennen und sie stärker als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen

Ort

Datum

Titel, Funktion, Unterschrift

<b>Antrag</b> ( Antrag Nr. 0881/2009 )
---

Eingereicht am 22.04.2009 um 15:00 Uhr.

**Schulausschuss, Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und  
Liegenschaftsangelegenheiten, Gleichstellungsausschuss, Ausschuss für  
Umweltschutz und Grünflächen, Organisations- und Personalausschuss,  
Verwaltungsausschuss**

---

**Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0315/2009 - Millenium-Erklärung zu  
nachhaltigem kommunalem Engagement)**

**Antrag zu beschließen:**

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

3.

Das Umsetzungskonzept wird unter der Prämisse erstellt, dass durch den Einsatz "fair  
gehandelter Lebensmittel" in den Schulen und Kindertagesstätten für die Eltern keine  
Mehrkosten entstehen.

**Begründung**

Heutzutage sind weitere Mehrkosten für viele Eltern nicht mehr bezahlbar und daher nicht  
erwünscht.

Kerstin Seitz  
Stellv. Vorsitzende

Hannover / 23.04.2009